

**Die Errichtung von Kriegerheimstätten.**

Steiner berichtet sodann über die Errichtung von Kriegerheimstätten im 21. Bezirk.

**Welcher (pro):** Die Errichtung von Kriegerheimstätten ist eine patriotische Pflicht eines jeden Gemeinwezens geworden und da wäre es auch Pflicht der Reichshaupt- und Residenzstadt gewesen, mit einem möglichst großen Projekt hervorzutreten. Ich gebe der gegenwärtigen Vorlage meine vollste Zustimmung, aber ich tue dies nur nach dem Grundsatz, daß mir etwas lieber ist als gar nichts. Es ist eine vielfach gemachte praktische Erfahrung, daß die Verzinsung der für die Wohnungsreform verwendeten Kapitalien in allen Städten, wo diese durchgeführt wurde, 4 bis 4½ Prozent beträgt. Wir haben eine Menge Fonds von Stiftungen und Widmungen, welche niemals eine höhere Verzinsung erreichen. Wenn also der Staat oder die Gemeinde für diesen Ertrag garantieren würden — und das können sie ohne Gefahr — so wäre eine Menge Geld für die Wohnungsreform sofort vorhanden und es handelt sich nur darum, daß eine Zahlstelle für die Auszahlung von Hypotheken, Vorschüssen usw. geschaffen würde. Am Bauzwecke wird es gewiß nicht fehlen, wenn es sich darum handelt, gemeinnützige Arbeit zu leisten. Diesem geht es jetzt nicht besonders gut und ich bin davon überzeugt, daß sie sehr viel erreichen werden, wenn sie die Bauten nicht an Gesellschaften übertragen, sondern an einzelne kleinere Firmen. Der hinreichende Verkehr ist das ABC für Kriegerheimstätten und Kleinwohnungen. Wenn jemand zahlreiche Familienmitglieder hat und viel für Tramwayfahrten ausgeben muß, dann wohnt er gewiß so teuer wie in der Stadt. Hier käme die Frage von Arbeiterkarten, kurz und gut eine Verbilligung der Bewegungsmöglichkeit der Bewohner in Frage. Redner erinnert an den seinerzeit von ihm gestellten Antrag auf Errichtung von Kleinwohnungen. Wäre dieser Antrag realisiert worden, so wäre es heute vielleicht nicht notwendig um einen viel höheren Betrag Kriegerheimstätten zu bauen. Die veranschlagten Kosten von 4½ Millionen Kronen sind zu niedrig angenommen, das müsse jeder zugeben, der die heutigen Preise für Ziegel, Sandzuführen, Erdaushub kennt und die höheren Löhne berücksichtigt. Beim Bau der Heimstättenhäuser müßten alle Arten von Gebühren entfallen und jede mögliche Erleichterung der Bauleitung zugestanden werden. Jeder Luxus ist zu vermeiden. Redner stellt schließlich den Antrag, daß statt 4½ Millionen Kronen ein Betrag von 5½ Millionen Kronen für den Bau der Heimstätten veranschlagt werde, damit späterhin ein Zuschußkredit angefordert werden müsse.

**Bretschneider** wendet sich gegen jenen Punkt der Ausbringung des Kostenerfordernisses, nach welchem ein Teil der Kosten durch Kapitalisierung von Invalidenrenten erfolgen soll und beantragt, daß nur die Kapitalisierung eines Teiles der Invalidenrente und auch nur mit Zustimmung des Rentners erfolgen solle. Zum Projekt selbst bemerkt er, daß

ber Baugrund etwas zu weit an der Peripherie gelegen ist und daß jedenfalls darauf gesehen werden muß, daß alle Verkehrswege dahin so ausgebaut werden, daß der Arbeiter und der Angestellte, die dort Wohnung nehmen, rasch zu ihrer Arbeitsstätte und dann wieder rasch nach Hause kommen. Man wird die Straßenbahn bis zur Kriegerheimstätte elektrifizieren müssen und auch zweigleisig führen und für alle tarifmäßigen Begünstigungen, die nur irgendwie seitens der Gemeinde gegeben werden können, sorgen müssen.

**Dr. Stich:** Die Gemeinde Wien tritt zum erstenmal hervor mit einer Anlage, die 686 Familien Wohnung bieten soll und ich freue mich, daß dies als Anlage I bezeichnet wird, weil die Gemeinde dem Grundsatz Rechnung trägt, daß die Kriegerheimstätten einem gewissen Bedarfe in der Wohnungsvorsorge entsprechen sollen, daß sie dazu dienen sollen, um jeweilig den Wohnungsmarkt zu entlasten. Redner richtet einen Appell an die Regierung, das Reichsgesetz über die Kriegerheimstätten erlassen zu lassen.

Bei der Abstimmung wird der Antrag Welcher abgelehnt, der Antrag Bretschneider dem Stadtrat zugewiesen; die Referentenanträge werden einstimmig angenommen. Der Bürgermeister konstatiert die Einstimmigkeit mit dem Bemerkten, daß dieser Beschluß dem Gemeinderate dauernd zur Ehre gereichen wird. (Lebhafte Beifall.)

Vizebürgermeister **Rain** legt sodann den schon bekannten Bericht über die Gebarung der österreichischen Viehverwertungsgesellschaft im Jahre 1915 vor.

Nachdem hierzu die Gemeinderäte **Dr. Hein**, **Angermayer**, **Ferdinand Eder** und **Spalowsky** gesprochen hatten, wird Schluß der Debatte genehmigt.

Zum Generalredner kontra wird Gemeinderat **Kennmann**, zum Generalredner pro Gemeinderat **Kunisch** erwählt. Nach den beiden Generalrednern kommt noch der Referent Vizebürgermeister **Rain** zum Schlußwort.